

BerlinBulletin

Aktuelles aus Regierung und Parlament

V.i.S.d.P.: Bernhard Fuhrmann, DLR, VO-PW



Haushaltsausschuss berät über Einzelplan 09

In seiner 68. Sitzung hat der Haushaltsausschuss des deutschen Bundestages am letzten Mittwoch, den 19. Oktober 2011 unter anderem über den Einzelplan 09 (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 beraten.

Es gilt „den eingeschlagenen Kurs zu halten und Vollgas zu geben“ (MdB Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU)) und dabei an der Fortschritts- und Technologiezuversicht dieses großartigen Landes zu arbeiten. „ (...) es lohnt sich.“ (MdB Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU)).

Bündnis 90 / Die Grünen hatten mit mehreren Änderungsanträgen (Ausschussdrucksache 17(9)647; 17(9)645; 17(9)3369; 17(9)647; 17(9)3366; 17(9)3368) versucht eine Kürzung des Etats für Luft- und Raumfahrt auf das Niveau des Vorjahrs mit der Begründung Konsolidierung des Bundeshaushalts zu bewirken.

Haushaltsgesetz 2012

Die Bundesregierung will im kommenden Jahr 306 Milliarden Euro und damit nur un-

wesentlich mehr als in diesem Jahr geplant ausgeben. Der von der Bundesregierung als Gesetzentwurf (17/6600) vorgelegte Entwurf für das Haushaltsjahr sieht eine Steigerung der Ausgaben von 200 Millionen Euro vor. Die Nettokreditaufnahme soll 27,2 Milliarden Euro betragen und damit erheblich niedriger als die im laufenden Jahr geplanten 48,4 Milliarden Euro ausfallen.

Wie es in der Begründung des Gesetzentwurfs ergänzend heißt, wäre nach der Schuldenbremse eine Nettokreditaufnahme von maximal 37,8 Milliarden Euro zulässig gewesen. Die jetzt geplante Neuverschuldung unterschreite diese Grenze deutlich. Die im Grundgesetz geregelten Vorgaben der Schuldenbremse würden damit eingehalten, erklärt die Bundesregierung.

Größter Einzelposten bei den Ausgaben im Haushaltsplan für 2012 bleibt der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit 126,6 Milliarden Euro. Das sind allerdings 4,7 Milliarden Euro weniger als im laufenden Jahr.

Zweitgrößter Posten ist die Bundesschuld mit 40 Milliarden Euro und einem Anstieg von rund 2,9 Milliarden. Das Bundesverteidigungsministerium soll 31,7 Milliarden Euro ausgeben können.

Damit wird der Verteidigungsetat leicht um rund 133 Millionen Euro erhöht. Die Ausgaben

des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bleiben mit 25,3 Milliarden Euro fast unverändert.

An Steuereinnahmen werden im nächsten Jahr 247,35 Milliarden Euro erwartet. Die „sonstigen Einnahmen“ sollen 31,45 Milliarden Euro betragen. Der Fehlbetrag bis zur geplanten Ausgabenhöhe von 306 Milliarden Euro soll durch die Nettokreditaufnahme von 27,2 Milliarden Euro gedeckt werden.

1. Beratung zum Einzelplan 09 im Plenum

Im Plenum war bereits am 8. September die erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012) erfolgt.

MdB Roland Claus (Die Linke) kritisierte den Entwurf des Haushaltsgesetzes und sprach von einer „Subventionierung staatsnaher Monopolisten im Bereich Luft- und Raumfahrt“. Auch der Abgeordnete Dr. Tobias Lindner der Bündnis 90 / Die Grünen Bundestagsfraktion kritisierte das Kapitel zum Etat für Luft- und Raumfahrt als „Peterchens Mondfahrt“. Ihm sei unklar warum Bundesminister Dr. Philipp Rösler den Schwerpunkt auf die Raumfahrt setze, und 1,3 Milliarden Euro, also knapp 20 % des gesamten Etats in die Luft- und Raumfahrt investiere. Bundesminister Rösler würde damit nur „hinter den Mond kommen“ und die „FDP würde sich auf den Mond schießen“.

MdB Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU) entgegnete der Kritik: „Kaum ist man sich einig, dass Innovationen unabdingbar sind, wird der hohe

Anteil von 1,37 Milliarden Euro für die Luft- und Raumfahrt am Haushalt des BMWi kritisiert. Aus bayerischer Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass nur wenige Innovationsthemen unsere Entwicklung so getrieben haben. Ein wenig mehr Fortschritts- und Technologiezuversicht würde dieses großartige Land noch mehr voranbringen. Lassen Sie uns daran arbeiten. Ich glaube es lohnt sich.“ Die von MdB Lindner geäußerte Kritik, wies er mit der Wichtigkeit der Materialforschung ab.

MdB Dr. Michael Fuchs der CDU/CSU betonte, dass Deutschland ein Industrieland sei und dies auch bleiben müsse. Ziel der CDU/CSU gemeinsam mit der FDP sei die Weichen zu stellen, dass Deutschland ein Industrieland bleibe, und zwar in der vollen Breite.

MdB Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) ging so gar noch einen Schritt weiter: Die Kritik an der Förderung von Luft- und Raumfahrt nannte er „hanebüchen“. Gerade diese Sektoren seien wichtig für die Zukunft. Es galt darauf zu achten wo das Wachstum auf internationaler Ebene stattfände.

Während MdB Dr. Tobias Lindner gefordert hatte Schlüsseltechnologien, wie z.B. im Recycling und Stoffkreislauf, voranzubringen, entgegnete MdB Dr. Joachim Pfeiffer, dass CDU/CSU und FDP die Schwerpunkte in den Wachstumsbereichen Mittelstand, Energie und Nachhaltigkeit, Chancen der Globalisierung, Innovationen, Technologie, neue Mobilität und Nanotechnologie setzten. Man wolle im Bereich Technologie nach vorne kommen und den Mittelstand entsprechen nach vorne bringen. Nur so können das bestehende Wachstum stabilisiert und für die Zukunft fortgeschrieben werden. So sei Deutschland auf dem Weg, ein Vorbild für Europa zu werden. Es gelte diesen

Kurz zu halten und Vollgas zu geben. Einer europäischen Lösung für Konsolidierung und Wachstum stünde nichts mehr im Wege, wenn in Deutschland der eingeschlagene Weg konsequent umgesetzt würde.

Einzelplan 09: Etat für Luft- und Raumfahrt

Nach dem Regierungsentwurf des Einzelplans 09 soll die institutionelle Förderung / die Zuschüsse an Einrichtungen gemäß § 26 Abs. 3 BHO, d.h. die Zuwendung des Bundes für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. von 327 631 € (Soll 2011 in 1 000 €) auf 342 463 € (Soll 2012 in 1 000 €) ansteigen (vgl. S.71 [EPL 09](#)).

Die Bundesregierung unterstützt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrtindustrie am Standort Deutschland durch Forschungs- und Technologieförderung im Rahmen des Luftfahrtforschungsprogramms im Zeitraum 2007 bis 2015 und stellt hierfür bis zu 942 Mio. € zur Verfügung. Zur Förderung von Einzelvorhaben im Rahmen der Forschungsförderung von Technologievorhaben der zivilen Luftfahrt stünden laut Regierungsentwurf im Jahr 2012 156 694 € (Ansätze in 1.000 €) zur Verfügung.

Für weitere Informationen: BT-Drucksache 17/6600, insbes. Anlage Einzelplan 09 zur BT-Drucksache 17/6600 bzw. das Plenarprotokoll 17/124 der 124. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 8. September 2011.

DLR unterstützt deutsche Präsidenschaft der EIWK bei Jahrestagung in Berlin

Von Sonntag bis Dienstag trafen sich Parlamentarier nationaler Parlamente unter

deutscher Präsidentschaft zur Jahrestagung der Europäischen Interparlamentarischen Weltraumkonferenz (EIWK) im Paul-Löbe-Haus des deutschen Bundestags in Berlin. „Die Raumfahrt ist ein wirklich europäisches Projekt, das nur in gemeinsamer Zusammenarbeit gelingen kann“, begrüßte der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, Vorsitzender der Parlamentsgruppe Luft- und Raumfahrt (PGLR), die EIWK-Delegationen aus Belgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Polen, Rumänien, Tschechien und Russland sowie den Beisitzern aus Estland, Japan und Taiwan.



Vorstandsvorsitzender Prof.-Dr. Ing. Johann-Dietrich Wörner und Bernhard Fuhrmann, Leiter Politik- und Wirtschaftsbeziehungen während der Diskussion zum Nutzen der Raumfahrt für Staat und Gesellschaft. (Photo: Shirley Karnowski)

Vor allem im Bereich des europäischen Raumfahrtflaggschiffprogramms GMES (Global Monitoring for Environment and Security) mahnten die Parlamentarier die Europäische Kommission zur Weitsicht: GMES dürfe nicht - wie derzeit von der Kommission vorgesehen - aus dem mittelfristigen Finanzrahmen der EU genommen werden. Diese Ansicht wurde auch von Vittorio Prodi, dem Vorsitzenden der Sky and Space Intergroup des Europäischen Parlaments und Jean-Jacques Dordain, dem Generaldirektor der ESA unterstützt.

Der Vorstandsvorsitzende des DLR, Prof.-Dr. Ing. Johann-Dietrich Wörner, unterstrich die Vielzahl von Aufgaben des DLR, auch im Bereich Verkehr und Energie, mit Nutzen für die Allgemeinheit. Der Vertreter des Verteidigungsministeriums, Parlamentarischer Staatssekretär Christian Schmidt, ergänzte, dass Raumfahrtanwendungen aus dem militärischen Bereich nicht mehr wegzudenken seien. Prof.-Dr. Ing. Johann-Dietrich Wörner betonte des Weiteren den Nutzen von Satellitenbildern für das zivile Krisenmanagement. Die Beteiligten waren sich einig: Das Bewußtsein für die Bedeutung der Raumfahrt für die Gesellschaft gelte es, dringend weiter zu fördern.

Ein weiterer Schwerpunkt des Beitrages von Vorstandsvorsitzendem Prof. Dr.-Ing. Wörner war die Arbeitsverteilung auf europäischer Ebene nach in Kraft treten des Vertrags von Lissabon. Neben der ESA hat mit dem Lissabonner-Vertrag auch die EU eine parallele Kompetenz in der Raumfahrt erhalten. Auf Basis einer Analyse der Stärken und Schwächen, gilt es die einzelnen Akteure, d.h. EU, ESA und die einzelnen Mitgliedstaaten, zu einer optimalen Synergie zusammenzuführen.

Der Koordinator der Bundesregierung für die deutsche Luft- und Raumfahrt, Parlamentarischer Staatssekretär Peter Hintze, machte die Bedeutung der Internationalen Raumstation ISS deutlich. Die Raumstation sollte mindestens bis zum Jahr 2020 in Betrieb bleiben, um die einzigartigen Forschungsmöglichkeiten zum Wohle der Allgemeinheit optimal zu nutzen.

Am zweiten und abschließenden Konferenztag verabschiedeten die anwesenden Vollmitglieder der EIWK die XIII. Resolution sowie ihre neuen Statuten. Die wichtigsten Neuerungen dieser sogenannten Charta sind die Einführung der

Trio-Präsidentschaft und die Klarifizierung der Mitgliedschaft. Im kommenden Jahr wird Polen die Präsidentschaft übernehmen, 2013 Belgien. Die Präsidentin des estnischen Parlaments hat während der diesjährigen Jahrestagung Ihren Beitrittswunsch offiziell bekundet und sich für ein schnelles Beitrittsverfahren ausgesprochen. Die Vollmitglieder haben dies positiv aufgenommen und werden während der Jahrestagung 2012 darüber beraten.

Die deutsche Delegation unter dem Vorsitz von Klaus-Peter Willsch (MdB) wurde sowohl inhaltlich als auch organisatorisch vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt unterstützt.



Redner und Organisationsteam von links: Nina-Louisa Remuss (DLR KP-PW), MdB Uwe Beckmeyer (SPD), Jean-Jacques Dordain (ESA). Johann Friedrich Colman (EU Kommission, GD Unternehmen und Industrie), MdB Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU), Vittorio Prodi (Sky and Space Intergroup, Europäisches Parlament), Christina Giannopapa (ESPI), Peter Hulsroj (ESPI), Alain Ratier (EUMETSAT), Sabine Echternach (MdB Büro Willsch). (Photo: Shirley Karnowski)

Für weitere Informationen zur EIWK: www.eisc-europa.eu oder www.dlr.de/pw

Bundesminister Dr. Peter Ramsauer, MdB spricht bei Parlamentarischem Abend

Bundesminister Dr. Peter Ramsauer MdB und die Astronauten Paolo Nespoli und Dr. Alexander Gerst sprechen vor internationalem Publikum bei Parlamentarischem Abend im Rahmen der Europäischen



Bundesminister Dr. Peter Ramsauer während seiner Rede beim Parlamentarischen Abend im Rahmen der EIWK. (Photo: Shirley Karnowski)

Interparlamentarischen Weltraumkonferenz (EIWK). Im Rahmen des Parlamentarischen Abends am Montag, den 17. Oktober 2011 betonte der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer MdB, in seiner Rede die Bedeutung von GMES für die Bürger. Als federführender Minister für GMES und Galileo sei es ihm wichtig, auf die Verwirklichung von Galileo und GMES durch die EU zu drängen.

Nicht nur durch seine Anwesenheit verdeutlichte der Minister den Kollegen aus den europäischen Parlamenten die Bedeutung der Raumfahrt innerhalb der deutschen Bundesregierung. Die beiden ESA Astronauten Dr. Alexander Gerst und Paolo Nespoli rundeten den Abend mit ihren faszinierenden Vorträgen

zur Ausbildung von Astronauten und Impressionen aus dem All ab.



ESA Astronaut Alexander Gerst, MdB Klaus-Peter Willsch, und ESA Astronaut Paolo Nespoli während des Parlamentarischen Abends im Rahmen der EIWK. (Photo: Shirley Karnowski)

Telegramm

Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert freut sich über Designpreis für die Bundestags-App, die es u.a. ermöglicht die Plenardebatten live per I Phone zu verfolgen.

Vorschau auf die nächste Sitzungswoche

Öffentliche Anhörung zu erneuerbare Energien und Entwicklungsländer ... Öffentliche Anhörung Verbraucheraspekte beim Umgang mit der Nanotechnologie ... Parlamentarischen Abend Schienenverkehr ... Bundestagsberatung zu Kraft-Wärme-Kopplung.

Kontakt

Nina-Louisa Remuß
Politik- und Wirtschaftsbeziehungen
Büro Berlin-Mitte
Markgrafenstr. 37
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 67 05 5 478
Fax.: +49 (0) 30 67 05 5 475
Email: Nina-Louisa.Remuss@DLR.de
Internet: www.dlr.de/pw